

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 47 / 463
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2015

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Hug Patrick, Arbon
Mitglieder: Dransfeld Peter, Ermatingen
Hartmann Brigitta, Weinfelden
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2015 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2015

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission DBU erhielt bei der Besprechung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung 2015 am 2. Mai 2016 mit Regierungsrätin Carmen Haag wiederum einen guten Eindruck von der im Berichtsjahr geleisteten Arbeit und der Qualität im Departement. Auch bei den besuchten Ämtern erhielt die Subkommission detaillierte und substantiell sehr gute Antworten auf die gestellten Fragen.

Aufgrund der weiter steigenden Arbeitslast bestehen in einzelnen Ämtern immer noch Ressourcenprobleme. Dies steht im Widerspruch zur aktuellen Personalbefragung 2015 der kantonalen Verwaltung. Wie Regierungsrätin Carmen Haag festhält, fällt in ihrem Departement die Beurteilung der Kriterien „Zeitdruck“ und „mengenmässige Überforderung“ insgesamt schlechter aus als beim Durchschnitt der restlichen kantonalen Verwaltung. Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Auswertungen der Ämter, Betriebe und Abteilungen zeige grosse Unterschiede. Sie geht davon aus, dass in den betroffenen Bereichen mit dem Budget 2017 Stellenanträge eingereicht werden. Die Subkommission kann diese Ansicht weitgehend teilen und unterstützt vor allem einen entsprechenden Antrag zur Entlastung der Abteilung Wasserbau und Hydrometrie im Amt für Umwelt.

Im Nachgang zur Beantwortung der Interpellation Gubser vom 13. März 2013 „Praxis im öffentlichen Beschaffungswesen“ wurden das Tiefbauamt, das Hochbauamt und das Amt für Umwelt angewiesen, erteilte Aufträge ab einer Auftragssumme von 10'000 Franken systematisch zu erfassen. Dazu wurde ein Tool beschafft. Die Pilotauswertung 2015 liegt nun vor. Sie zeigt auf, wie viele Aufträge zu welcher Summe in welchem Verfahren vergeben wurden. Zudem geht daraus hervor, wie viele Aufträge mit welchem Vergabewert wohin vergeben wurden. 2015 sind 73,6% aller Vergaben bzw. 76,9% der Vergabesumme im Kanton Thurgau vergeben worden. Für die Ostschweiz (inkl. Graubünden und Zürich) sind es gar 93,6% aller Vergaben bzw. 95,6% der Vergabesumme.

Ab nächstem Jahr soll die Vergabestatistik auf der DBU-Homepage veröffentlicht werden. Vorerst bleibt es noch ein departementales Projekt.

Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung 2015 des DBU liegt 485'127 Franken oder 1,4% unter dem Budget und 456'722 Franken oder ebenfalls 1,4% unter dem Vorjahresergebnis. Die grösste Abweichung resultiert wiederum im Hochbauamt, wo für Umbauten und Renovationen weniger Ausgaben anfielen und mit Blick auf die Organisationsentwicklung Stellen nicht, nur teilweise oder verzögert wieder besetzt wurden. Insgesamt liegt der Personalaufwand rund 1% unter den Budgetannahmen.

Ämterbesuche 2016

Die Subkommission DBU hat im Frühjahr 2016 folgende Ämter besucht:

- Generalsekretariat
- Amt für Raumentwicklung
- Hochbauamt
- Amt für Umwelt

Die Subkommission dankt der Amtsleiterin und den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen und die Abgabe von zusätzlichem Informationsmaterial.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

Beim Besuch des Generalsekretariats informierte Generalsekretär Marco Sacchetti sehr offen über die Fluglärmfrage. Es drohe dem Thurgau diesbezüglich grosses Ungemach. DBU-Chefin Carmen Haag skizziert die aktuelle Situation wie folgt: Primär sei der Kanton Thurgau durch die abendlichen Anflüge aus Osten belastet (werktags ab 21 Uhr, am Wochenende ab 20 Uhr). Dies führe zu einer Massierung über dem Hinterthurgau. Die Auswertung des Monitorings für 2015 zeigt, dass letztes Jahr in den Nachtstunden von 22 bis 24 Uhr etwas mehr Fluglärmereignisse erfasst wurden als 2014. Allerdings habe die Belastung in der sensibleren zweiten Nachtstunde abgenommen. Zusätzlich liege ein Warteraum über dem Kanton. Wirtschaftlich sei der Flughafen von grosser Wichtigkeit. Demgegenüber gelte es, die Lärmsituation im Auge zu behalten. Und zum weiteren Vorgehen meint sie: Noch offen sei, ob und wann das Betriebsreglement 2014 in Kraft gesetzt werde. Hier brauche es eine Zustimmung aus Deutschland. Erst wenn bekannt sei, wie der künftige Betrieb genau aussehen werde, könne das weitere Vorgehen bestimmt werden. Der Regierungsrat habe mehrere Änderungsvorschläge eingebracht, um eine zunehmende Belastung des Ostens zu mindern. Die Subkommission ist der Meinung, dass die Entwicklung des Fluglärms weiterhin aufmerksam verfolgt werden muss. Insofern ist sie sehr befriedigt, dass der Grosse Rat entgegen dem Willen des

Regierungsrates den Antrag, die entsprechenden Kosten für die Fluglärmmessung wieder ins Budget 2016 aufzunehmen, mit grosser Mehrheit gutgeheissen hat.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Schwerpunkt des Ämterbesuchs war die Durchleuchtung der Abläufe der Baugesuchszentrale. Das ARE erbringt für zwei Drittel aller Baugesuche (Bauten und Anlagen innerhalb der Bauzonen) lediglich eine Koordinationsaufgabe und ist weder für den Inhalt der Fachstellungnahmen noch die allfällige Überschreitung der vorgegebenen Bearbeitungsfristen verantwortlich. Analoges gilt grundsätzlich auch für das letzte Drittel aller Baugesuche (Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen). Hier erstellt allerdings die Abteilung Ortsplanung im ARE einen materiellen Entscheid auf Grundlage des Bundesgesetzes über die Raumplanung. Seitens der Subkommission wird die Befürchtung geäussert, dass kantonale Fachstellen Beurteilungen von Bauvorhaben durchführten, für die sie gar nicht zuständig seien. Amtschefin Andrea Näf meint dazu, dass dies in Einzelfällen vorkommen mag, aber in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fachstelle und nicht des ARE liegt.

Im Berichtsjahr wurde das ARE beauftragt, eine Agglomerationsstrategie für den Kanton zu erarbeiten. Der Kanton Thurgau ist an fünf Agglomerationsprogrammen beteiligt: einem Programm innerhalb des Kantons (Frauenfeld), drei kantonsübergreifenden Programmen (St. Gallen–Bodensee, Wil, Schaffhausen) und einem internationalen Programm (Kreuzlingen–Konstanz). Die Federführung liegt bei den einzelnen Regionen. Der Kanton übernimmt eine begleitende und unterstützende Funktion und bildet die Schnittstelle zum Bund. Eine eigentliche Agglomerationsstrategie fehlt. Mit der zunehmenden Komplexität und der Überlagerung mehrerer Generationen führt dies zu erheblichen Schwierigkeiten. Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde die Erarbeitung einer Agglomerationsstrategie vorangetrieben. „Die Agglomerationsprogramme bringen einen hohen Nutzen für eine qualitätsvolle Entwicklung der Agglomerationen sowie des ganzen Kantons. Dank den Agglomerationsprogrammen erhält der Kanton Bundesbeiträge an ausgewählte kantonale Verkehrsinfrastrukturen. Bisher hat der Bund alleine für kantonale Infrastrukturen Beiträge in der Höhe von 39 Mio. Franken zugesichert“, unterstreicht das ARE

Laut Aussage von Andrea Näf hat das ARE der Politik wie den Gemeinden in der letzten Zeit einiges abverlangt. Dies indessen sei sein Auftrag und man hoffe fest, den ambitionierten Zeitplan zur Teilrevision des kantonalen Richtplans einhalten zu können. Das ARE dankt allen, die mit ihren engagierten Voten und konstruktiven Beiträgen zum nun vorliegenden Entwurf beigetragen haben.

6210-6224 Hochbauamt

Nach Amtsantritt von Kantonsbaumeister Erol Doguoglu wurde kommuniziert, dass die organisatorischen Anpassungen seit dem Ausscheiden von Markus Friedli bewahrt werden sollten. Erol Doguoglu bestätigt, dass die Strukturen im Grundsatz bewahrt bleiben, die im Rahmen der Organisationsentwicklung umgesetzt wurden, wie die Bil-

dung einer Geschäftsleitung oder die Neueinteilung der Abteilungen (Baumanagement 1–3). Kleinere Anpassungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Immobilienstrategie werden jedoch noch notwendig sein.

Erol Doguoglu gab den Input zur intensiven Diskussion über die Konsequenzen bei der Umsetzung des Minergie-Labels. Gemäss Hochbauamt behindere diese gesetzliche Vorgabe oft andere, ebenso gute Lösungen. DBU-Chefin Carmen Haag meint dazu, dass aus Sicht des Hochbauamtes die gesetzlichen Vorgaben selbstverständlich einzuhalten seien. In Ermessensfragen sollten aber auch Abweichungen möglich sein, welche jeweils mit der Fachstelle Energie ausgelotet werden müssten. In Zukunft werde sich aber die Frage stellen, wie das Energiegesetz angepasst wird (Umsetzung neue MuKen). Dabei sollten unbedingt Alternativen zum heutigen, eher starren System mit Anbindung an den Minergiestandard in Betracht gezogen werden (beispielsweise SIA-Energieeffizienzpfad). Entsprechende erste Abklärungen seien im Gange. Letztlich müsse es darum gehen, mit dem vorhandenen Geld eine möglichst optimale Energieeffizienz zu erreichen.

6310-6377 Tiefbauamt

Aktuell werden die Kosten für die BTS rund doppelt so hoch veranschlagt wie anlässlich der Volksabstimmung. Die Subkommission stellte diesbezüglich verschiedene kritische Fragen, so auch ob allenfalls die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission Sinn machen würde. Laut Carmen Haag erfolgte die Kostenbearbeitung mit den damals zur Verfügung stehenden Grundlagen nach bestem Wissen und Gewissen. Alle Unterlagen stünden im Übrigen zur Einsicht zur Verfügung. Die ursprünglichen Zahlen aus dem Jahr 2012 seien zudem einer externen Plausibilitätsprüfung unterzogen worden. „Dabei wurden keine groben Fehler festgestellt, die Annahmen waren aber teilweise zu optimistisch.“ Das DBU habe die jüngsten Entwicklungen transparent und vollständig kommuniziert (ASTRA, RPK, Gemeinden, Verbände und GFK) und immer auch die Möglichkeit für Rückfragen geboten. Alle Erkenntnisse lägen auf dem Tisch. Deshalb halte das DBU den Einsatz einer Untersuchungskommission nicht für notwendig, würde aber selbstverständlich alle gewünschten Informationen liefern. Intern habe die Finanzverwaltung bereits eine Plausibilitätsprüfung aller Unterlagen vorgenommen. „Sie attestiert der neuen Kostenrechnung gemäss Generellem Projekt und der Kostenhochrechnung auf das Gesamtprojekt eine hohe Glaubwürdigkeit - ebenso den Begründungen für die ausgewiesenen Kosten“, betont Carmen Haag.

6410 Amt für Denkmalpflege

Das Amt für Denkmalpflege befindet sich derzeit in einer Umstrukturierung. Die Subkommission DBU wird dem Amt im nächsten Frühjahr einen Besuch abstatten und sich über die Ergebnisse im Detail ins Bild setzen lassen.

6510-6530 Amt für Umwelt

Die Subkommission fragte, ob es zutreffe, dass der pensionierte Leiter des Amts für Umwelt regelmässig im Auftragsverhältnis für das Amt tätig sei. Gemäss Carmen Haag wurden beide pensionierten Vorgänger im Zusammenhang mit den laufenden Abklärungen für die Erstellung eines Tiefenlagers für atomare Abfälle mandatiert. Dies, weil sie aus ihren früheren Tätigkeiten über die entscheidenden Detailkenntnisse verfügten und im AfU die erforderlichen Kapazitäten nicht vorhanden seien. Die Tätigkeiten lägen an den Schnittstellen zwischen Projektorganisation und Verwaltungen, weshalb Verwaltungskenntnisse von entscheidender Bedeutung seien. Mandatiert wurden sie direkt durch das Departement. Im DBU bestünden sonst keine ähnlichen Auftragsverhältnisse. Die Subkommission hinterfragte die Informationspraxis des DBU beim Ölunfall in Diesenhofen. Carmen Haag räumte ein, dass mit einer unverzüglich proaktiven Information aller Betroffenen, insbesondere der Bevölkerung, bei einem vergleichbaren Schadenfall von Anfang an eine bessere Vertrauensbasis geschaffen werden könnte. Das Ereignis vom 21. Februar 2016 „war von geringer Umweltrelevanz, die Auswirkungen auf politischer Ebene waren weit grösser und übertrafen die Erwartungen“. Nicht zuletzt als Folge dieser Situation habe das DBU nun einen Leitfaden für die Kommunikation in Krisen geschaffen.

Berufsfischer klagen über sinkende Fangerträge durch einen nährstoffarmen Bodensee. Das AfU spricht sich in diesem Zusammenhang gegen eine Erhöhung der Phosphorkonzentration im Bodensee aus. Dies vor allem wegen den Herausforderungen, die im Rahmen der Klimaerwärmung auf den See zukommen werden. Höhere Phosphorkonzentrationen würden den Prozess der Sauerstoffzehrung begünstigen. Im Weiteren sei der sinkende Fischfang in den letzten drei Jahren „sicher nicht auf die Phosphorkonzentration zurück zu führen“ (Walensee: höhere Fischerträge trotz tieferen Phosphorkonzentrationen). Vor allem dürfte das in den letzten Jahren masshafte Auftreten des Stichlings eine grosse Rolle spielen. Zurzeit mache der Stichling 60 bis 70% der Fischbiomasse aus. Der Stichling ist ein Nährstoffkonkurrent und ein Laichräuber. Das AfU hat jedoch Verständnis für die Ängste der Fischer. Aus diesem Grunde unterstützt es aktiv das IBK-Kleinprojekt „Dialogforum See und Fisch“ (das AfU ist Leitpartner des Projekts). Gemeinsam soll nach Ursachen des starken Ertragsrückgangs insbesondere beim Felchen in den letzten Jahren und nach möglichen Lösungsansätzen gesucht werden. Das Projekt startete im April 2016 und dauert längstens bis Ende 2016.

6610-6620 Forstamt

Keine Bemerkungen

Arbon, 19. Juni 2016

Der Subkommissionspräsident
Patrick Hug, Arbon